

Niederschrift Nr. 10 über die öffentliche Sitzung des Rates am 08.05.2003

Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgeb. II

Sitzungsdauer: 18:00 bis 19:50 Uhr

Den Vorsitz führte: MdR Dr. Heinrich Kleinschmidt

ANWESENDE:

Stimmberechtigte Mitglieder

Oberbürgermeister Alwin Brinkmann

CDU/FDP

Ratsherr Heino Ammersken

Ratsherr Dr. Kurt-Dieter Beisser

Bürgermeister Erich Bolinius

Ratsherr Rolf Bolinius

Beigeordneter Helmut Bongartz

Ratsherr Herbert Buisker

Beigeordnete Hillgriet Eilers

Ratsherr Ihno Groeneveld

Ratsherr Kurt Hannappel

Ratsherr Reinhard Hegewald

Ratsfrau Monika Hoffmann

Ratsherr Holger Klaassen

Ratsherr Meinhard Meißner

Ratsherr Franz Melles

Ratsherr Hinrich Odinga

Ratsherr Roland Riese

Bürgermeisterin Andrea Risius

Ratsherr Benedikt Rosenboom

Ratsherr Gerhard Schaudinn

Ratsherr Werner Vollprecht

(ab TOP 6)

SPD

Ratsherr Dr. Heinrich Kleinschmidt

Ratsherr Bernd Bornemann

Ratsherr Walter Davids

Beigeordneter Hans-Dieter Haase

Beigeordneter Horst Jahnke

Ratsherr Richard Janssen

Ratsherr Mecklenburg

Ratsfrau Elfriede Meyer

Beigeordnete Lina Meyer

Ratsfrau Marianne Pohlmann

Ratsherr Kai-Uwe Schulze

Ratsherr Ihno Slieter

Beigeordneter Johann Südhoff

Ratsherr Richard Woldmer

Bündnis 90/Die Grünen

Ratsherr Bernd Renken

Ratsherr Wulf-Dieter Stolz

Niederschrift Nr. 10 über die öffentliche Sitzung des Rates am 08.05.2003

von der Verwaltung

Erster Stadtrat Jan Röttgers
Stadtrat Martin Lutz
Städtischer Direktor Heinz-Bernhard Schmidt
Protokollführerin Karin Jetses

Ca. 10 Zuhörerinnen und Zuhörer
Vertreter der Presse

Punkt : 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Kleinschmidt eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Es sind 37 Ratsmitglieder anwesend.

Zu Beginn der Sitzung gedenkt der Rat zweier Verstorbener:

Am 2. Mai 2003 verstarb im Alter von 65 Jahren das ehemalige Ratsmitglied **Hans Abels**. Er gehörte 25 Jahre lang dem Rat der Stadt Emden an.

Am 28. April 2003 verstarb im Alter von 83 Jahren **Hans van Detten**. Wegen seiner großen Verdienste wurde Hans van Detten 1992 mit der Ehrenmünze der Stadt Emden ausgezeichnet.

Der Rat der Stadt Emden wird beiden Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.

Anschließend gratuliert **Herr Dr. Kleinschmidt** Herrn Meißner zu seinem Geburtstag.

Punkt : 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Dr. Kleinschmidt erklärt, unter Punkt 7 a werde die Tischvorlage 14-10/13 „Umbesetzung von Ratsausschüssen“ behandelt.

Punkt 9 b, Vorlage 14-633 „Gründung einer Immobilienanstalt der Stadt Emden zur Sanierung insbesondere von Schulgebäuden“ werde durch die Tischvorlage 14-633/01 „Gründung einer Immobilienanstalt der Stadt Emden in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts“ erweitert.

Herr Röttgers teilt mit, bei den Tagesordnungspunkten 13 und 14 sei versehentlich das falsche Stadium angegeben worden. Es handele sich nicht um die „Öffentliche Auslegung“ (Stadium II), sondern um den Satzungsbeschluss (Stadium III).

Zu den Tagesordnungspunkten 16 und 17 werde der Vorschlag gemacht, die beiden Punkte auszutauschen.

Herr Renken bemerkt, die Tischvorlage 14-674 „Cities vor peace – Kein Krieg im Irak“ werde wegen der veränderten Situation im Irak von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zurückgezogen.

Niederschrift Nr. 10 über die öffentliche Sitzung des Rates am 08.05.2003

Die Vorlage 14-607/01 „Grundsätze für Mobilfunk- und UMTS-Sendeanlagen in Wohngebieten“ der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen v. 18.03.2003 werde aufgrund weiteren Beratungsbedarfs ebenfalls zurückgezogen.

Herr E. Bolinius beantragt, Punkt 20, Vorlage 14-638 „Neubau eines Verwaltungsgebäudes, Antrag der FDP-Fraktion vom 07.04.2003 auf Erstellung von Alternativen“ unter Punkt 9 c, Vorlage 14-634 „Ersatzbau für Verwaltungszwecke unter Einbeziehung der bau-, finanz- und steuerrechtlichen Möglichkeiten der Gewoba“ mitzubehandeln.

Einwendungen gegen die geänderte Tagesordnung werden nicht erhoben.

Punkt : 3 Genehmigung der Niederschrift Nr. 9 über die öffentliche Sitzung des Rates am 20.02.2003

Beschluss: Die Niederschrift Nr. 9 über die öffentliche Sitzung des Rates am 20.02.2003 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 4 Einwohnerfragestunde zu den Tagesordnungspunkten

Es werden keine Anfragen gestellt.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

Punkt : 5 Vorlage 14-575
Feststellung des Sitzverlustes des Rats Herrn Nils Köhler

Beschluss: Der Rat stellt fest, dass die Voraussetzungen gem. § 37 Abs. 1 Nr. 1 NGO für den Sitzverlust des Rats Herrn Nils Köhler vorliegen.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 6 Vorlage 14-636
Nachrücker einer Ersatzperson in den Rat der Stadt Emden und Verpflichtung

Herr Brinkmann übernimmt gem. § 42 NGO die Verpflichtung des Rats Herrn Werner Vollprecht.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Niederschrift Nr. 10 über die öffentliche Sitzung des Rates am 08.05.2003

Punkt : 7 Vorlage 14-8/4
Umbildung des Verwaltungsausschusses;
Feststellung der Vertreterregelung

Beschluss: Die Vertretungsregelung für die Gruppe CDU/FDP wird wie folgt festgestellt:

Mitglied	Vertreter/in
Beigeordnete Hillgriet Eilers	Ratsherr Roland Riese
Bürgermeister Erich Bolinius	Ratsherr Rolf Bolinius
Bürgermeisterin Andrea Risius	Ratsherr Heino Ammersken

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 7 a Vorlage 14-10/13
Umbesetzung von Ratsausschüssen

Beschluss: Der Rat stellt nachfolgende Veränderungen in der Besetzung der Ratsausschüsse fest:

Ausschuss für Rechnungsprüfung und Betriebe

Ratsherr Werner Vollprecht für Ratsherr Nils Köhler
Stellvertretender Ausschussvorsitzender

Ratsher Benedikt Rosenboom für Ratsherr Nils Köhler

Jugendhilfeausschuss

Ratsherr Werner Vollprecht für Ratsherr Nils Köhler

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 8 Vorlage 14-615
Abberufung des Städtischen Oberamtsrates Diedrich Ellen als Leiter des Rechnungsprüfungsamtes

Beschluss: Der Städtische Oberamtsrat Diedrich Ellen wird vorbehaltlich der Zustimmung durch die Bezirksregierung Weser-Ems gem. § 118 Abs. 2 NGO mit Ablauf des 30.06.2003 als Leiter des Rechnungsprüfungsamtes abberufen.

Ergebnis: einstimmig

Niederschrift Nr. 10 über die öffentliche Sitzung des Rates am 08.05.2003

Punkt : 9: Der Rat der Stadt Emden beschließt die von der Verwaltung eingebrachte Vorlage „Allianz der Vernunft“ bestehend aus:

- a) Vorlage 14-577
1. Nachtrag 2003 mit Investitionsprogramm Emden für das Handwerk und den Mittelstand;
einschließlich der Anträge der FDP-Fraktion vom 07.04.03 (Aufteilung in drei Vorlagen) und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 09.04.2003

Die Tagesordnungspunkte 9 a, b und c werden gemeinsam beraten und einzeln abgestimmt.

Herr Lutz betont, die Möglichkeit der Kommune, noch Geld aus dem vergangenen Jahr in das Jahr 2003 zu übernehmen, mache ihn stolz und er bedanke sich für die seitens der Verwaltung im letzten Jahr gezeigte Disziplin. Die Verwaltung habe versucht, die dringendsten Investitionen in diesem Nachtragshaushalt zu realisieren. Er verweise noch einmal auf den im Ausschuss für Finanzen und innere Organisation gefassten abweichenden Beschluss, aus dem Ansatz für Straßen nach Prioritätenliste 150.000,00 € herauszunehmen und zur Aufstockung des Haushaltspostens „Radwegeprogramm“ zu nehmen.

Die Verwaltung habe dankend die Möglichkeit der Gründung von Anstalten in Niedersachsen zur Kenntnis genommen. Ziel der Verwaltung sei es, 5,5 Mio. € in die Sanierung von Schulen zu investieren. Die Verwaltung habe auch die drei neu erbauten Schulen Emdens mit in das Programm hineingenommen. Dies habe man getan, um die Liquidität der Anstalt zu sichern bzw. noch zu erhöhen. Bei diesen drei Schulen seien Mieteinnahmen zu erwarten, ohne dass größere Investitionen notwendig würden. Ebenfalls, um Mieteinnahmen in der Anstalt herstellen zu können, habe man die Verwaltungsgebäude I und II in die Anstalt mit hineingebracht. Dieses Geld wolle man nutzen, um indirekt die Sanierung der Schulen zu unterstützen.

Zu dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, auch Nicht-Ratsmitglieder in den Verwaltungsrat wählen zu dürfen, erklärt **Herr Lutz**, die Verwaltung schlage vor, diesen Antrag abzulehnen, da es günstiger und sicherer sei, Ratsmitglieder innerhalb des Verwaltungsrates der Anstalt zu haben.

Bei dem zweiten Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Benennung von Abwesenheitsvertretern bei kleineren Fraktionen sei der Verwaltung ein Lapsus unterlaufen: In § 5 Abs. 4 habe man die Mitglieder benannt von den Fraktionen, die nach dem Auszählungssystem nicht in der Lage seien, ein Vollmitglied in den Verwaltungsrat zu stellen. Aber selbstverständlich unterstütze die Verwaltung den Antrag der Grünen auf Bestellung eines Vertreters durch einen Zusatz in der Satzung.

Außerdem habe die Verwaltung die Ausschreibungsfristen noch einmal durchgerechnet. Es sei geplant, noch vor Beginn der Sommerferien die ersten Investitionen in der Anstalt durchzuführen. Das Entscheidungsgremium für den Verwaltungsrat, der Verwaltungsausschuss, müsse daher kommissarisch eingesetzt werden, bis die Anstalt rechtskräftig gegründet sei. Hierfür sei jemand zu bestimmen, der z. B. die Ausschreibungen und die Sichtung der Angebote durchführe. Die Verwaltung schlage daher vor, auf Vorschlag des Oberbürgermeisters einen Verwaltungsmitarbeiter bestimmen zu lassen.

Zum Bau eines neuen Verwaltungsgebäudes stellt **Herr Lutz** die Ansicht der Verwaltung klar:

Für die Sanierung des Neptunhauses müssten ca. 1 Mio. € investiert werden. Auch andere Vorschläge, wie z. B. ein Zwischenbau zwischen den Verwaltungsgebäuden I und II, die Aufstockung des Verwaltungsgebäudes I um eine weitere Etage oder ein Anbau an das Nep-

Niederschrift Nr. 10 über die öffentliche Sitzung des Rates am 08.05.2003

tunhaus seien in der vergangenen Zeit diskutiert worden. Zusätzlich seien Investitionen in das Gebäude der „Alten Post“ und die Erziehungsberatungsstelle nötig. Die Verwaltung schlage daher vor, sämtliche Miet- und Nebenkosten der bisherigen Außenstellen in ein neues Verwaltungsgebäude zu investieren.

Die Einsparung von Personalkosten sei ein weiterer Vorteil, denn für zwei Verwaltungsstandorte würden keine fünf Zahlstellen mehr benötigt. Es sei daher vernünftig, zu selben Kosten einen Neubau zu besitzen, der alle Verwaltungsmitarbeiter unterbringen könne und den Verwaltungsablauf sinnvoll gestalten ließe. Die Firma Gewoba habe das günstigste Angebot abgegeben.

Herr E. Bolinius erklärt zu Punkt 9 a, seine Fraktion begrüße einen Nachtragshaushalt über 5 Mio. €. Viele Punkte des Investitionsprogrammes seien in den letzten Jahren auch immer wieder gefordert worden. Er begrüße die Belebung der heimischen Bauindustrie und erkundige sich, ob geplant sei, für die Unterhaltung der Borssumer Schleuse, für die 200.000,- € angesetzt seien, eine Gesellschaft zu gründen. Auch interessiere ihn, ob das Gesellschaftskapital in diese Gesellschaft fließe.

Herr Brinkmann antwortet, es handele sich lediglich um eine Gesellschaft zur Durchführung der Projekte. Dies gehe dann in die Obhut des NLWK. Das Gesellschaftskapital fließe da nicht hinein.

Herr Haase begrüßt die „Allianz der Vernunft“. Es sei schon ein Stück Anerkennung für die gemeinsame Ratsarbeit der letzten Jahre und eine Chance, die es zu nutzen gelte. Er hoffe, dass die Auftragserteilung zum Grossteil an Emdener Firmen gehe, denn gerade in der Baubranche sei die Arbeitslosigkeit eklatant hoch. Eine Einteilung der „Allianz der Vernunft“ in drei Teile sehe er nicht als notwendig an.

Auch für die Bediensteten der Stadtverwaltung enthalte die „Allianz der Vernunft“ etwas sehr Wichtiges. Nicht nur die Synergieeffekte, sondern auch die Arbeitsbedingungen der Verwaltungsmitarbeiter, die im Neptunhaus oder in den anderen Außenstellen untergebracht seien, bedürften dringend einer Lösung. Die „Allianz der Vernunft“ sei etwas, wovon letzten Endes ganz Emden profitiere.

Dem abweichenden Beschluss, den Radwegeantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit einzubeziehen, stimme seine Fraktion ausdrücklich zu. Die SPD-Fraktion habe sich seinerzeit aufgrund des Informationsmangels unter den Parteien enthalten. Gerade bei Haushaltsdebatten habe es dies früher nicht gegeben. In der anschließenden Diskussion in der Fraktion sei allerdings klar gewesen, dass man dieses Radwegeprogramm unterstützen wolle. Insgesamt werde es seitens der SPD-Fraktion zu allen drei Anträgen der „Allianz der Vernunft“ eine Zustimmung geben.

Herr Bongartz teilt mit, bei einer Arbeitslosenquote von zur Zeit 4,5 Mio. sei eine zügige Ausschreibung und Auftragserteilung wichtig, damit das Geld auch beschäftigungswirksam werde. Über die Umsetzung dieser Aufträge möchte man gerne in den Ausschusssitzungen informiert werden.

Er lobe die Verwaltung, die in der Vergangenheit solide geplant habe, obwohl z. B. seitens des Rates immer wieder gedrängt worden sei, die Gewerbesteuereinnahmen höher anzusetzen, um mehr Investitionen leisten zu können. Die Verwaltung habe sich jedoch hartnäckig geweigert und die Ratsmitglieder davon überzeugt, das „worst-case-Szenario“ anzunehmen. Jetzt zeige sich der Vorteil, nach der Wahl Mittel für Investitionen zur Verfügung zu haben.

Herr Riese bemängelt die Trennung und einzelne Bearbeitung der unter Punkt 9 a, b und c genannten Vorlagen. Auch gebe die Überschrift „Allianz der Vernunft“ den Inhalt des Ganzen nicht richtig wieder. Er wehre sich als Kommunalpolitiker dagegen, so erhebliche Dinge wie

Niederschrift Nr. 10 über die öffentliche Sitzung des Rates am 08.05.2003

den Nachtragshaushalt in einem Paket mit anderen Dingen untergebracht zu wissen. Die FDP-Fraktion begrüße die Gründung einer kommunalen Anstalt und damit die Möglichkeit zur Werterhaltung einiger städtischer Gebäude. Bekanntlich hätte seine Fraktion oftmals den schlechten Zustand der städtischen Gebäude und Liegenschaften nach „Ostblockmentalität“ beklagt. Seine Fraktion unterstütze daher an dieser Stelle die Vorlage der Verwaltung mit Nachdruck.

Herr Renken erklärt zur „Allianz der Vernunft“, es gäbe durchaus unterschiedliche Bewertungen. Deshalb könne man nicht sagen, dass jeder, der bestimmte Teile nicht mittrage, als unvernünftig gelte. Er möchte aber noch auf das große, ambitionierte und innovative Programm hinweisen, das durch die Gründung einer kommunalen Anstalt abgearbeitet werde. Diese Konstruktion könne für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Emden und das örtliche Handwerk genutzt werden. Insofern stimme seine Fraktion diesem Nachtragshaushalt und der Gründung einer kommunalen Anstalt zu, um vor allem die Sanierung der Schulen durchführen zu können. Wichtig sei eine zügige Umsetzung dieser Investitionen, um noch rechtzeitig zur Sommerpause hin etwas bewegen zu können. Er freue sich über die große Einigkeit zu dieser Frage im Rat.

Zur Änderung des Schulsystems betont **Herr Renken**, die neue Landesregierung gehe mit einem äußerst scharfen Tempo daran, die gesetzlichen Grundlagen hierzu fertig zu stellen. Trotz unterschiedlicher Auffassungen seien hier erhebliche Mehrkosten zu erwarten, was die Umstellung in den Schulen und die Räumlichkeiten betreffe. Auf keinen Fall könnten die Mehrkosten in dieses System integriert werden. Da sei das Land in seiner Verantwortung.

Zum Verwaltungsneubau erklärt er, seine Fraktion sei der Meinung, dies sei der richtige Weg. Das Ganze habe natürlich den Vorteil, dass keine zusätzlichen Kreditaufnahmen nötig seien, aber dem Rat müsse auch klar sein, dass zukünftig über die Miete Zinsen und Tilgung an die Anstalt zurückgezahlt werden müssten. Dieses Geld müsse zukünftig zusätzlich im Verwaltungshaushalt erwirtschaftet werden. Es dürfe daher im Verwaltungshaushalt weiterhin nicht nachgelassen werden, um diese Mittel erwirtschaften zu können.

Herr Dr. Kleinschmidt lässt über den abweichenden Beschluss abstimmen.

Abweichender Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt die als Anlage der Vorlage 14-577/01 beigefügte erste Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2003 mit folgender Änderung in der Anlage 2:

Reduzierung des Ansatzes 6300-9650 um 150.000,00 € zugunsten des Ansatzes 6300-9670 Radwegeprogramm.

Ergebnis: einstimmig

b) Vorlage 14-633
Gründung einer Immobilienanstalt der Stadt Emden zur Sanierung insbesondere von Schulgebäuden

Die Vorlagen 14-633 und 14-633/01 werden gemeinsam beraten.

Beschluss: Die als Anlage der Vorlage 14-633 beigefügte Satzung des Immobilienbetriebes der Stadt Emden in der Rechtsform der Anstalt des öffentlichen Rechts wird beschlossen. Gleichzeitig werden die Vermögensgegenstände nach der Anlage 1 der Satzung auf die Anstalt übertragen.

Ergebnis: einstimmig

Niederschrift Nr. 10 über die öffentliche Sitzung des Rates am 08.05.2003

Vorlage 14-633/01

Gründung einer Immobilienanstalt der Stadt Emden zur Sanierung insbesondere von Schulgebäuden

Herr Dr. Kleinschmidt erläutert die Ergänzungsvorlage 14-633/01: Nicht eingearbeitet in die Vorlage sei der Punkt, Mitglieder des Verwaltungsrates nicht nur aus der Mitte des Rates wählen zu dürfen, da die Verwaltung dies ablehne.

Herr Hegewald teilt mit, die CDU-Fraktion stimme dieser Vorlage mit großer Freude zu. Sie sei zwar unkonventionell, gleichzeitig aber auch kreativ. Sie werde mit großer Wahrscheinlichkeit am ehesten zum Ziel führen. Alles, was bisher geplant worden sei, habe nicht dazu geführt, dass sich die Emdener Schulen mit Ausnahme der drei neu erbauten Schulen in einem akzeptablen Zustand befänden. Außerdem sei Eile geboten, denn die Sommerferien ständen bevor. Und dies sei nun mal die einzige Zeit, in der die Handwerker über einen längeren Zeitraum in den Schulen tätig sein könnten. Eine Prioritätenliste für die Reihenfolge der einzelnen Sanierungsmaßnahmen sehe er für die Auskunftserteilung bei Lehrern, Schülern und Eltern als sehr wichtig an.

Zur Änderung des Schulsystems weise er darauf hin, dass die grobe Richtung, nämlich der Wegfall der Orientierungsstufen und die Möglichkeit, die Abitursprüfung nach 12 Jahren abzulegen, bekannt sei. Der Gesetzgeber schaffe zwar den Rahmen, aber die Detailgestaltung müsse hier vor Ort erledigt werden. Um mehr Planungssicherheit zu erhalten, sei daher Eile geboten. Er hoffe daher, noch vor Beginn der Sommerferien hierzu die ersten Überlegungen seitens der Verwaltung zu hören.

Herr Brinkmann erklärt, die Verwaltung werde dem Rat in den nächsten Wochen eine Prioritätenliste vorlegen. Diese Liste werde dann Schritt für Schritt im Verwaltungsausschuss abgearbeitet, der provisorisch hierüber die Aufsicht führe.

Herr Haase ist der Ansicht, dass es viele Schulen in Emden mit einem hohen Sanierungsbedarf gäbe, die zukünftig vorrangig zu behandeln seien. Er habe die Befürchtung, dass nach dem Wegfall der OS die bisherigen Schulstandorte unter der Schaffung des neuen Raumbedarfes zu leiden hätten. Es könne nicht sein, dass das Land Niedersachsen eine Schulreform mit dadurch entstehendem räumlichen Zusatzbedarf, möglicherweise Neubauten, beschließe und die Schulträger säßen am Ende mit den Kosten zu Lasten schon bestehender Schulstandorte.

Zur Satzung erklärt **Herr Renken**, seine Fraktion sei mit den Änderungen einverstanden. Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sei es wichtig gewesen, die Möglichkeit einer Stellvertretung zu haben.

Herr Hegewald kommt noch einmal auf die Schulen zurück. Er weist Herrn Haase darauf hin, dass zwei Dinge gleich blieben, nämlich die Zahl der Schüler und die der zur Verfügung stehenden Räume. Der Kultusminister habe ganz klar gesagt, die Räumlichkeiten müssten ausreichen, denn Zuschüsse des Landes für Schulneubauten seien nicht zu erwarten. Von der Verwaltung erwarte man daher Vorschläge, die diese Rahmenbedingungen einhielten.

Herr Riese betont, er sei guter Dinge, dass die Landesregierung und auch der Landtag bei der Abfassung dieser Gesetze die Sorgen und Nöten der Kommune im Auge habe.

Niederschrift Nr. 10 über die öffentliche Sitzung des Rates am 08.05.2003

Beschluss: Auf die Vorlage 14-633 wird verwiesen.

§ 5 Abs. 4 erhält folgenden Zusatz:

Fraktionen, die im Verwaltungsrat nicht vertreten sind, sind berechtigt, ein Ratsmitglied als beratendes Mitglied zu benennen; die Vertretungsregelung nach Ziffer 2 Satz 2 1. Alternative über die Benennung eines/einer Stellvertreters/in findet Anwendung. Das benannte Ratsmitglied und sein/seine Vertreter/in wird vom Rat bestellt.

Übergangsregelung zur vorläufigen Aufgabenwahrnehmung

Bis zur Wahl der Mitglieder des Verwaltungsrates nach § 5 Ziffer 1 b der Satzung nimmt der Verwaltungsausschuss deren Aufgaben wahr.

Bis zur Bestellung des Vorstandes bestimmt der Verwaltungsausschuss auf Vorschlag des Oberbürgermeisters einen [Verwaltungsmitarbeiter als] kommissarischen Vorstand.

Ergebnis: einstimmig

- c) Vorlage 14-634
Ersatzbau für Verwaltungszwecke unter Einbeziehung der bau-, finanz- und steuerrechtlichen Möglichkeiten der Gewoba

Herr E. Bolinius erklärt, die FDP-Fraktion werde dem vorgesehenen Neubau eines Verwaltungsgebäudes mit einem Kostenvolumen von rund 5,2 Mio. € zuzüglich Büroeinrichtungskosten in Höhe von ca. 1 Mio. € nicht zustimmen.

Die nicht mehr länger tragbaren Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten des Neptunhauses seien in seiner Fraktion unstrittig und auch für die Besucher des Neptunhauses müsse dringend etwas getan werden. In Zeiten, in denen der Stadtverwaltung noch ca. 11 Mio. € für Sanierungsmaßnahmen im Hochbau fehlten, von Straßensanierungen ganz zu schweigen, sei es nicht angebracht, für ein Verwaltungsgebäude 5,2 Mio. € auszugeben. Das VW-Werk berichtete immer wieder von dramatischen Gewinneinbrüchen, so dass von sehr viel weniger Gewerbesteuererinnahmen in der nächsten Zeit ausgegangen werden könne.

Auch die Grundstückskosten seien mit rund 1 Mio. € nach Auffassung der FDP-Fraktion überhöht. Der Verkehrswert belaufe sich lediglich auf 28 €/m², die Stadt solle jedoch mehr als 200,- €/m² dafür zahlen. Außerdem sei das neue Gebäude direkt an der Bahnlinie ungünstig, weil es noch weiter von der Hauptverwaltung am Frickesteinplatz entfernt sei als das Neptunhaus. Zusätzlich entstünden höheren Kosten, um die Lärmbelastung während der Bauphase zu minimieren. Die FDP-Fraktion stimme mit dem Personalrat überein, dass eine Dezentralisierung hohe Kosten verursache. Deshalb sei es für die FDP-Fraktion nicht nachvollziehbar, warum man noch weiter von der Hauptverwaltung entfernte Büros einrichten wolle.

Niederschrift Nr. 10 über die öffentliche Sitzung des Rates am 08.05.2003

Außerdem würden die frei werdenden Büroflächen im Neptunhaus, in der Ringstraße 18 und 32 a sowie in der Jungfernbrückstraße nur schwer vermietbar sein. Schon jetzt ständen etliche Büroräume in der Stadt leer.

Die FDP-Fraktion habe daher vorgeschlagen, Alternativen zu erarbeiten. So wäre es statisch kein Problem, das Hauptverwaltungsgebäude um eine Etage zu erhöhen. Und auch ein Zwischentrakt zwischen den Gebäuden I und II könne geschaffen werden. Das hätte den Vorteil, dass die gesamte Verwaltung zentralisiert wäre. Dies würde Synergieeffekte schaffen. Außerdem könnte auch das Neptunhaus grundsaniert werden und während der Sanierungsphase könnten freie Büroflächen in der Stadt angemietet werden. Ein Vorschlag der FDP-Fraktion wäre es, vor der Sanierung das Neptunhaus für 1 € an die Gewoba zu verkaufen und nach der Sanierung von der Gewoba anzumieten.

Es sei schade, dass der Antrag seiner Fraktion, Alternativlösungen von unabhängigen Gutachtern überprüfen zu lassen, nicht angenommen werde. Nach Auffassung der FDP-Fraktion sei die Idee für einen Neubau nur entstanden, weil der geplante Hotelneubau an der Bahn zur Lärmschutzsicherung der sogenannten „Kapitänshäuser“ nicht zustande gekommen sei. Diese Entwicklung sei voraussehbar gewesen.

Herr Brinkmann weist die Behauptungen der FDP-Fraktion zurück. Die Verwaltung glaube, dass sie einen sinnvollen, vernünftigen und für die Entwicklung der Stadt Emden endlich auch notwendigen Vorschlag gemacht habe.

Herr Renken teilt mit, auch seine Fraktion habe sich intensiv mit diesem Thema auseinandergesetzt. Er ist der Meinung, dass unabhängige Gutachter hier fehl am Platze seien. Sämtliche Alternativen seien überprüft worden. Außerdem passe ein Neubau nie in die Zeit, da es immer eine Vielzahl von anderen Aufgaben gäbe, die noch getätigt werden müssten.

Zu den Grundstückskosten erklärt **Herr Renken**, dass diese sehr genau in der Niederschrift Nr. 8 der nichtöffentlichen Sitzung vom 20.02.03 nachzulesen seien. Von überhöhten Grundstückskosten könne daher keine Rede sein. Er denke, wenn an dieser Stelle ein neues Verwaltungsgebäude entstehe, dann müsse es auch in baulicher und in energetischer Hinsicht einen Vorbildcharakter haben und deswegen habe die Fraktion hierzu auch ihre Vorschläge eingebracht.

Herr Bongartz berichtet, auch die CDU-Fraktion habe sich stark mit dieser Thematik auseinandergesetzt und die überwiegende Mehrheit seiner Fraktion sei zwischenzeitlich auch von dem Neubau des Verwaltungsgebäudes überzeugt. Man müsse angesichts der Kosten auch bedenken, dass man ein solches Gebäude für mindestens zwei Generationen plane. Auch sei es an der Zeit, die Verwaltung mit zwei Standorten zu zentralisieren, zumal diese beiden Standorte zukünftig nicht sehr weit voneinander entfernt sein würden.

Man habe in der Vergangenheit schon über viele Alternativen diskutiert, aber keine sei richtig zufriedenstellend gewesen. Bei der Aufstockung des Verwaltungsgebäudes hätten die Kosten in keinem Verhältnis zu dem Zugewinn an Raum gestanden. Und bei dem Zwischentrakt zwischen den Verwaltungsgebäuden I und II hätte es Probleme mit der Höhengleichheit gegeben. Eine der wesentlichen Forderungen der CDU-Fraktion sei allerdings gewesen, bei einer Zustimmung auch in anderen Bereichen, wie z. B. bei den Schulen, zukünftig stärker tätig zu werden. Auch begrüße er die energiepolitischen Gesichtspunkte bei dem Bau eines neuen Verwaltungsgebäudes. Seine Fraktion werde weitestgehend ihre Zustimmung zum Bau des neuen Verwaltungsgebäudes erteilen.

Herr Haase schließt sich dem an. Wie alle anderen Fraktionen habe auch seine Fraktion es sich bei der Entscheidung nicht leicht gemacht. Man habe sich intensiv von den Kostenrechnungen berichten lassen. Es sei wichtig, anständige Arbeitsbedingungen für diejenigen zu schaffen, die für die Bürger der Stadt Emden tätig seien. Viele hätten einfach Angst, eine

Niederschrift Nr. 10 über die öffentliche Sitzung des Rates am 08.05.2003

in den Medien nicht gerade als populär erscheinende Entscheidung zu tragen. Er glaube, der Rat hätte nicht den Mut zu dieser Entscheidung gehabt, wenn es nicht dieses Gesamtpaket der „Allianz der Vernunft“ gegeben hätte.

Herr Riese betont, er könne verstehen, dass die Bürger von einem Verwaltungsneubau in Höhe von 5,2 Mio. € nicht begeistert seien, wenn die Alternative in der Sanierung eines städtischen Gebäudes mit nur ca. 1 Mio. € zu berechnen sei. Leider müsse er feststellen, dass er nicht den Wissensstand der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen habe. Er bemängele dies. Auch das Argument dieser Fraktion, die Stadt Emden mit dem Bau dieses Gebäudes, energiepolitisch voranzubringen, akzeptiere er nicht. Er bedauere, dass der Antrag seiner Fraktion wahrscheinlich keine Mehrheit finden werde. Die Öffentlichkeit werde dies verstimmt zur Kenntnis nehmen.

Zum Informationsmangel der FDP-Fraktion erklärt **Herr Bongartz**, die Entscheidung der CDU-Fraktion basiere auf jeden Fall nicht auf Informationsdefizite.

Herr Schulze teilt mit, im Ausschuss für Finanzen und innere Organisation habe er sich aufgrund noch bestehenden Beratungsbedarfes der Stimme enthalten. Da durch den Neubau Arbeitsplätze geschaffen würden, werde er unter diesen Gesichtspunkten seine Zustimmung geben.

Herr Ammersken hält eine solche Investition in Zeiten permanenter Sparanstrengungen öffentlich für absolut unverantwortlich und unfair gegenüber nachfolgenden Generationen. Hier werde die Investition nur nicht über den städtischen Haushalt, sondern über einen „Schattenhaushalt“, nämlich über die städtische Tochtergesellschaft Gewoba, getätigt, wofür die Verwaltung die volle Gewährträgerhaftung habe.

Herr Lutz weist darauf hin, dass in den Fraktionen ausreichend über den Bau eines neuen Verwaltungsgebäudes informiert worden sei. Zu den Ausführungen von Herrn Ammersken erklärt er, dass eine Gewährträgerhaftung bei einer Anstalt ausgeschlossen sei. Dies sei auch Inhalt des Seminars gewesen, welches vom Nds. Städtetag organisiert worden sei.

Beschluss: Mit der Gewoba Emden mbH. ist ein Konzept für einen Ersatzbau für Verwaltungszwecke unter Einbeziehung der bau-, finanz- und steuerrechtlichen Möglichkeiten der Gewoba Emden mbH. zu erarbeiten. Bis zur nächsten Ratssitzung ist ein beschlussfertiger Mietvertrag zwischen der Gewoba Emden mbH. und der Stadt Emden zur Nutzung des Ersatzgebäudes zu erstellen.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit

Dafür: 024
Dagegen: 010
Enthalt.: 003

Punkt : 10 Vorlage 14-644
Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates der Schlachthof Emden GmbH für das Geschäftsjahr 2002

(Herr Brinkmann, Frau L. Meyer, Herr Odinga und Herr Melles nehmen an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.)

Niederschrift Nr. 10 über die öffentliche Sitzung des Rates am 08.05.2003

Beschluss: Die Vertreter der Stadt Emden in der Gesellschafterversammlung der Schlachthof Emden GmbH werden beauftragt,

1. sich dem Bericht der Geschäftsführung anzuschließen und den Abschluss für das Geschäftsjahr 2002 anzunehmen,
2. der Geschäftsführung und dem Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2002 Entlastung zu erteilen.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit

Dafür: 000
Dagegen: 000
Enthalt.: 001

Punkt : 11 Vorlage 14-626
Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben gemäß § 40 i.V.m. § 89 NGO

Herr Lutz erklärt, im Vermögenshaushalt habe die Verwaltung jeweils für 2003 und 2004 einen Betrag für den Bau des Feuerwehrgerätehauses in Widdelswehr/Petkum eingesetzt. Bei der Ausschreibung habe man bemerkt, dass der Bau doch etwas früher fertiggestellt sein könne. Die Verwaltung befürchte, dass die Kassenwirksamkeit schon in diesem Jahr stattfinden werde.

Zur Grundstückssanierung Frisia teilt **Herr Lutz** mit, zur Nutzung des Grundstückes sei eine Reinigung des Bodens unumgänglich. Es bestehe daher Handlungsbedarf. Auch sei bekannt, dass schon relativ gute Ergebnisse bei den Verkaufsversuchen erreicht worden seien, so dass auch die Mehrkosten, die man in diesem Bereich habe, gedeckt seien. Man habe des weiteren einen Fördermittelantrag noch mit dazugestellt, denn die Fördermittelhöhe sei in der Gesamtheit noch nicht ausgeschöpft. Den genauen Betrag habe die Verwaltung aber aufgrund der ungewissen Kosten noch nicht beantragen können.

Bei der Erschließungsmaßnahme für die Erweiterung der Kunsthalle handele es sich um eine Umbuchung von Kosten aus den Baugenehmigungsverfahren. Da man die Kosten durchsichtig gestalten wolle, werde von einen Bereich in den anderen umgebucht.

Herr Lutz berichtet, die EU verlange den Nachweis, dass die Gesamtmaßnahme für das Projekt Liveable City komplett durchfinanziert sei. Es müssten daher in diesem Jahr 877.800,-- € für das Projekt beantragt werden. Es handele sich hier um ein Programm, das 2003 in der Zahlungspflicht beginne und 2006 ende. Die Verwaltung werde dazu direkt aus dem städtischen Haushalt Leistungen erbringen.

Diese Leistungen beziffern sich wie folgt:

Gesamtkosten der Maßnahme über den Zeitraum 2003 bis 2006	877.770,00 €
Zuschuss der EU	400.000,00 €
Anteil Kunsthalle	15.358,89 €
Anteil Marketinggesellschaft	191.509,09 €
Zuschuss Arbeitsamt	70.000,00 €
Anteil Malschule	<u>48.333,50 €</u>
Rest	152.568,52 €

Niederschrift Nr. 10 über die öffentliche Sitzung des Rates am 08.05.2003

Anteil Landesmuseum	128.449,51 €
Anteil FD Wirtschaftsförderung	24.119,01 €

Herr Riese bedankt sich für die ausführliche Darstellung. Er bemängelt jedoch, dass dieses Projekt nicht vorher dem Fachausschuss vorgestellt worden sei. Seiner Meinung nach werde bezüglich des beantragten Zuschusses und des zu erwartenden Grundstücksverkaufserlöses zur Grundstücksanierung Frisia auf das „Prinzip Hoffnung“ gesetzt.

Herr Brinkmann korrigiert Herrn Riese. Es handele sich nicht um das „Prinzip Hoffnung“, sondern um die Flexibilität der Verwaltung. Die sei erforderlich, um demnächst auf dem Grundstück mit den Rammarbeiten beginnen zu können.

Herr Riese erklärt, an der Notwendigkeit dieser Ausgabe habe er keine Zweifel angemeldet. Er interessiere sich einfach nur für die Seriosität der hier genannten Deckung.

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden stimmt für das Haushaltsjahr 2003 folgenden über- und außerplanmäßigen Ausgaben zu:

1. Verwaltungshaushalt – überplanmäßig –

a)	1300-9541	Neubau Ortsfeuerwehr Widdelswehr-Petkum	122.500,00 €
b)	8820-9620	Grundstückssanierung Frisia	2.800.000,00 €

2. Vermögenshaushalt – außerplanmäßig –

a)	3101-9661	Erschließungsmaßnahme f. d. Erweiterung der Kunsthalle	38.300,00 €
----	-----------	--	-------------

3. Verwaltungshaushalt – außerplanmäßig –

a)	7910-6555	Projektkosten „Livable City“	877.800,00 €
----	-----------	------------------------------	--------------

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit

Dafür: 027
Dagegen: 000
Enthalt.: 010

Punkt : 12 Vorlage 14-229/03
Bebauungsplan D 98 A, 2. Änderung (Stadtteil Wolthusen, Gebiet zwischen Sportplatz Amisia Wolthusen und Friedhof Tholenswehr)

Herr Röttgers erklärt, die Verwaltung wolle die Abwägung hier nicht noch einmal nachvollziehen, da die Bedenken bekannt seien. Es sei jetzt das Ende des kommunalen Verfahrens erreicht und die Verwaltung hoffe, dass der Rat heute den Satzungsbeschluss fasse. Er möchte noch darauf hinweisen, dass man mit dem 1. Bebauungsplan ca. 1,8 Mio € und mit dem zweiten 1,6 Mio. € öffentliche Investitionen auslöse.

Auch er hoffe, die Baubranche mit diesen Investitionen wieder beleben zu können. Die Kollegen seien hochmotiviert und wenn diese Arbeit nicht alleine zu schaffen sei, müsste man sich privater Büros bedienen. Wichtig sei, darauf zu achten, dass die örtliche Wirtschaft nicht zeitgleich mit der Vielzahl von Maßnahmen überfordert werde. Eine gewisse Dosierung und

Niederschrift Nr. 10 über die öffentliche Sitzung des Rates am 08.05.2003

zeitliche Streckung mache Sinn, um die Baumaßnahmen an Firmen in der Region zu vergeben.

Beschluss: a) Die Anregungen zu Nr. 35.1, 64.2, 64.3, 64.4, 1a und 2a werden berücksichtigt.

Die Anregung zu Nr. 35.2 wird nicht berücksichtigt.

Der Hinweis zu Nr. 64.1 wird zur Kenntnis genommen.

b) Der Bebauungsplan D 98 A 2. Änderung mit örtlichen Bauvorschriften nebst Begründung wird gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 13 Vorlage 14-253/01
Bebauungsplan D 142 (Stadtteil Larrelt, nördlich der Hauptstraße) –
- Öffentliche Auslegung (Stadium II)

Herr Dr. Kleinschmidt korrigiert, es handele sich um einen Satzungsbeschluss (Stadium III), wie bereits unter TOP 2 „Feststellung der Tagesordnung“ berichtet worden sei.

Beschluss: 1. Die in der Anlage zur Vorlage 14/253-1 beigefügten Anregungen 1.3, 1.4, 1.5, 1.6, 1.7, 1.8, 2.1, 2.2, 3, 4.1, 4.3, 7, 8.4 werden berücksichtigt.
Die in der Anlage zur Vorlage 14/253-1 beigefügten Anregungen 1.2, 1.9, 2.3, 4.2 werden nicht berücksichtigt.
Die in der Anlage zur Vorlage.14/253-1.beigefügten Anregungen 1.1, 2.2, 5, 6, 8.1, 8.2, 8.3,, 8.5, 8.6, 8.7, 8.8 werden zur Kenntnis genommen.

2. Der Bebauungsplan D 142 nebst Begründung wird gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 14 Vorlage 14-369
45. Änderung des Flächennutzungsplanes (Stadtteil Wolthusen, Gebiet zwischen Sportplatz Amisia und Friedhof Tholenswehr);
- Öffentliche Auslegung (Stadium II)

Beschluss: a) Die Anregungen zu Nr. 35.1, 64.2, 64.3, 64.4, 1a und 2a werden berücksichtigt.

Die Anregung zu Nr. 35.2 wird nicht berücksichtigt.

Der Hinweis zu Nr. 64.1 wird zur Kenntnis genommen.

b) Die 45. Änderung des Flächennutzungsplanes nebst Erläuterungsbericht wird beschlossen.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 15

Vorlage 14-567

Sanierung Barenburg "Soziale Stadt" Änderung der Satzung über die Bildung des Stadtteilbeirats im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative "Soziale Stadt" für den Stadtteilbeirat Barenburg

Herr Dr. Kleinschmidt bemerkt, es gehe um die Beschlussfassung der in kursiv bzw. fett dargestellten Änderungen.

Beschluss:

Der § 4 der Satzung über die Bildung des Stadtteilbeirats im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt“ für den Stadtteilbeirat Barenburg wird wie folgt neu gefasst. Die Änderungen sind ***kursiv/fett*** dargestellt

§ 4 - Zusammensetzung –

Der Stadtteilbeirat besteht aus 17 Mitgliedern und setzt sich zusammen aus mindestens einem/r Vertreter/in der vier verschiedenen Zielgruppen für bürgerschaftliches Engagement

- einzelne Einwohner/innen,
- Initiativen und Selbsthilfegruppen,
- Vereine und
- öffentliche Institutionen.
-

Als Gründungsstadtteilbeirat setzt er sich zusammen aus je einem Vertreter/einer Vertreterin des Ausländerbeirates, des Seniorenbeirates, der in Barenburg lebenden Aussiedler, der in Barenburg tätigen Mieterbeiräte, der drei Barenburger Schulen, der vier Barenburger Kindertagesstätten, der in Barenburg tätigen Mitarbeiter/innen der Jugendförderung, der in Barenburg ansässigen Sportvereine, jeweils zwei Vertreter/innen der in den Schulen und Kindertagesstätten tätigen Elternvertretungen, der in Barenburg ansässigen Jugendlichen/Jugendgruppen sowie des Bürgervereins Barenburg und drei Vertreter/innen der drei in Barenburg vertretenen Kirchengemeinden.

Hinzugewählt werden vier entsprechend den Bestimmungen des § 34 NGO wahlberechtigten Barenburger Einwohner/innen, die kein Ratsmandat haben, in einem unmittelbar nach Inkrafttreten der Satzung einzuberufenden Bürgerforum. Wahlberechtigt sind alle Einwohner Barenburgs, die am Wahltag das **14. Lebensjahr** vollendet haben. Die Wahlhandlung wird durch den Oberbürgermeister vorbereitet und durchgeführt. Die Wahlvorschläge werden auf der Wahlversammlung entgegengenommen; das Wahlverfahren wird von der Wahlversammlung festgelegt.

Mit beratender Funktion können die im Wahlbereich, zu dem Barenburg gehört, gewählten Ratsfrauen/-herren an den Sitzungen teilnehmen.

Die Amtszeit des Gründungsstadtteilbeirates beträgt höchstens ein Jahr (30.06.2001), die des gewählten Stadtteilbeirates jeweils zwei Jahre.

Die Mitgliedschaft eines gewählten Mitgliedes des Stadtteilbeirates endet vor Ablauf der zweijährigen Amtszeit.

- ***wenn die Wählbarkeitsvoraussetzungen für ein gewähltes Stadtteilbeiratsmitglied wegfallen***

Niederschrift Nr. 10 über die öffentliche Sitzung des Rates am 08.05.2003

- *durch den Verzicht auf die Mitgliedschaft, der dem Stadtteilbeirat schriftlich mitgeteilt werden muss*
- *wenn das Mitglied in Folge drei Sitzungen des Stadtteilbeirates unentschuldigt gefehlt hat*
- *wenn das Mitglied mit Unterbrechungen sechs Sitzungen des Stadtteilbeirates unentschuldigt gefehlt hat*
- *wenn das Mitglied verstirbt*

Die Neubesetzung des freigewordenen Platzes regelt die Wahlordnung für den Stadtteilbeirat.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 16

Vorlage 14-598

33. FNP-Änderung im Bereich nördlich der Uphuser Straße – Emden Uphusen
Nachgehende Abwägung zu den Belangen der Landwirtschaft

Ergebnis: Von der Verwaltung zurückgezogen.

Punkt : 17

Vorlage 14-597

33. FNP-Änderung im Bereich nördlich der Uphuser Straße – Emden Uphusen

Städtebaulicher Vertrag zwischen der Stadt Emden und der Heiko Müller GbR

Herr Röttgers erläutert, das Ergebnis der zahlreichen Verhandlungen zwischen der Stadt Emden und der Heiko Müller GbR sei, dass man das Bebauungsgebiet etwas verkleinern und landwirtschaftliche Flächen in diesem Bereich zum Tausch anbieten wolle. Außerdem werde die Verwaltung einen evtl. erforderlichen erhöhten Erschließungsaufwand ausgleichen. Die GbR sei daher gewillt, in dem nachzuführenden Änderungsverfahren keine Bedenken geltend zu machen und habe zwischenzeitlich die Bauvoranfrage und die Klage zurückgezogen, womit die Verwaltung auch aus dem Zeitstress der ablaufenden Veränderungssperre entlassen sei. Er denke, dies sei ein für beide Seiten zufriedenstellendes Ergebnis. Wenn der Rat dieser Vorlage zustimme, würde die Verwaltung anschließend die Vorlage 14-598 „33. FNP-Änderung im Bereich nördlich der Uphuser Straße – Emden-Uphusen; Nachgehende Abwägung zu den Belangen der Landwirtschaft“ zurückziehen.

Herr Bongartz fügt hinzu, es handele sich um eine sehr vernünftige Lösung und erkundigt sich, ob aufgrund der Änderung des Bebauungsplanes jetzt das ganze Verfahren wieder von vorne beginne.

Herr Röttgers antwortet, da es kein völlig neuer Bebauungsplan sei, werde die Verwaltung mit der öffentlichen Auslegung (Stadium II) wieder beginnen.

Niederschrift Nr. 10 über die öffentliche Sitzung des Rates am 08.05.2003

Herr Renken betont, auch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen begrüße die Einigung mit dem Landwirt. Er weise aber darauf hin, dass sie von Anfang an erhebliche Bedenken wegen der verschiedenen Nutzungskonflikte bezüglich des Naturschutzes, der Landwirtschaft und der Anwohner gehabt hätten und diese Bedenken seien eigentlich durch die verschiedenen Anwendungen bestätigt worden. Es sei ein sehr langwieriges und kostenträchtiges Verfahren für die Verwaltung daraus geworden. Nach Ansicht der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen waren im Vorfeld aufgrund unklarer Informationen über den Grundstücksverkauf falsche Entscheidungen getroffen worden. Insofern lehne seine Fraktion diese Vorlage ab.

Beschluss: Die Stadt Emden schließt mit der Heiko Müller GbR, Forellenweg 4, 26725 Emden, einen städtebaulichen Vertrag bezüglich der weiteren Entwicklung der Wohnbauflächen und der landwirtschaftlichen Flächen im Geltungsbereich der 33. Änderung des Flächennutzungsplanes im Bereich nördlich der Uphuser Straße - Emden-Uphusen.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit

Dafür: 035
Dagegen: 002
Enthalt.: 000

Punkt : 18 Vorlage 14-612
Einführung von straßenbezogenen Hausnummer in Uphusen - Benennung eines Privatweges

Beschluss: Dem Anliegen der Anwohner des Stichweges in Uphusen wird Rechnung getragen. Der Privatweg (westl. Stichweg) wird **Uphuser Hörn** benannt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 19 Vorlage 14-639
Erlass einer Rechtsverordnung über die Öffnung der Verkaufsstellen anlässlich der Emdener Matjestage 2003

Herr Hegewald weist auf die Änderung des Ladenschlussgesetzes zum 01.06.03 hin und macht den Vorschlag, die Antragsteller des „Matjes-Festes“ über die Auswirkungen zu informieren.

Beschluss: Die als Anlage der Vorlage 14-639 beigefügte Rechtsverordnung über die Öffnung der Verkaufsstellen anlässlich der Emdener Matjestage 2003 wird beschlossen

Ergebnis: einstimmig

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN/GRUPPEN

Punkt : 20 Vorlage 14-638
Neubau eines Verwaltungsgebäudes; Antrag der FDP-Fraktion vom 07.04.2003 auf Erstellung von Alternativen

Niederschrift Nr. 10 über die öffentliche Sitzung des Rates am 08.05.2003

Herr Dr. Kleinschmidt erinnert an die Mitbehandlung dieses Punktes unter TOP 9 c, Vorlage 14-634 „Ersatzbau für Verwaltungszwecke unter Einbeziehung der bau-, finanz- und steuerrechtlichen Möglichkeiten der Gewoba“.

Beschluss: Auf den der Vorlage 14-638 beigefügten Antrag der FDP-Fraktion vom 07.04.2003 wird verwiesen.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit abgelehnt

Dafür: 010

Dagegen: 024

Enthalt.: 003

Punkt : 21 Vorlage 14-607
Grundsätze für Mobilfunk- und UMTS-Sendeanlagen in Wohngebieten
- Antrag der Bündnis 90/Die Grünen vom 18.03.2003

Ergebnis: Von der Antragstellerin zurückgestellt.

MITTEILUNGSVORLAGEN

Punkt : 21 a Vorlage 14-674
Cities for peace - Kein Krieg im Irak

Ergebnis: Von der Antragstellerin zurückgezogen!

Punkt : 22 mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

K e i n e

Ratsvorsitzende/r

Schriftführer/in

Oberbürgermeister